

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 45. Ratssitzung vom 18. März 2015

797. 2014/310

Weisung vom 22.10.2014

Geänderte Motion von Tamara Lauber und Marc Bourgeois betreffend Neuerlass einer Taxiverordnung, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Neuerlass einer Taxiverordnung wird Kenntnis genommen.
2. Die geänderte Motion, GR Nr. 2011/289, von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 13. Juli 2011 betreffend Neuerlass einer Taxiverordnung wird als erledigt abgeschlossen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent zu Dispositivziffer 1 und 2:

Marc Bourgeois (FDP): *Das Taxigewerbe ist sehr heterogen. Dies erschwert es, die berechtigten Interessen dieses Gewerbes im Parlament zu vertreten. Das Gewerbe ist für die Stadt wichtig. Man spricht von einem halböffentlichen Verkehrsmittel. Die Ausgangslage vor dem Einreichen der Motion zeichnete sich insbesondere durch unbefriedigende Zustände aus. Unbefriedigend waren die Zustände einerseits für die Taxifahrenden und andererseits für die Kundschaft. Es gibt zwei zentrale Probleme. Es gibt eine unterschiedliche Regulationsdichte zwischen der Stadt und den angrenzenden Gemeinden. Die Landtaxis sind im Wesentlichen nicht reguliert, was zu Konflikten zwischen Stadt- und Landtaxis führt. Für die Landtaxis gelten lediglich allgemeine Bundesvorgaben, nichtsdestotrotz besitzen die Landtaxis fast dieselben Rechte, wie sie die Stadttaxis besitzen. Manchmal nehmen sie sich diese Rechte auch einfach. Ein zweites zentrales Problem ist die technologische Entwicklung, die zu weiteren Veränderungen auf dem Markt führen wird. Die Taxibranche ist ziemlich stark reguliert. In diesen Regulierungen verorten wir ein Staatsversagen. Wir haben im Kreis 7 ein Taxi bestellt und erhielten einen Fahrer, der weder die Tonhalle, noch das Kongresshaus, noch das Bellevue fand. Es ist fragwürdig, wie er die Ortskundeprüfung bestehen konnte. Der Stadtrat war 2011 gegen die Motion, wurde jedoch von der Realität eingeholt. 2013 wurde auf kantonaler Ebene eine vergleichbare Forderung eingereicht. Die Motion wurde im Kantonsrat überwiesen und wird nun bearbeitet. 2011 forderten wir Verbesserungen für das Gewerbe und für die Kunden. Wir forderten gleichlange Spiesse, die unabhängig von der Technologie und Herkunft der Taxis sein sollten. Wir forderten eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Taxis. Dazu müssen die Taxis mehr fahren und weniger stehen. Teurere Preise sind nicht erstrebenswert. Wir forderten höhere Qualitätsanforderungen, die durch Private gesetzt würden. Wir wollten eine Differenzierung im Gewerbe ermöglichen. Wir schreiben heute diese Motion mit Zustimmung der Motionäre ab. Die grundlegenden Probleme bestehen weiterhin, es wurden jedoch bereits die ersten Schritte zu einer Lösungsfindung unternommen. Auf städtischer Ebene haben wir*

eine Grundlage zur Preisdifferenzierung geschaffen. Seit 1. März gelten in der Stadt Höchsttarife und eine Preisanschreibepflicht. Entgegen der allgemeinen Befürchtung haben sich die Taxipreise nicht an die Höchsttarife angepasst. Das Bundesgericht hat entschieden, dass wir die Landtaxis nicht so abwimmeln können, wie es sich die Fahrer wünschen würden. Ein erster Schritt wurde auf kantonaler Ebene unternommen. Am 8. April 2013 wurde ein Vorstoss für eine kantonale Regulierung für einen liberalisierten Taximarkt eingereicht. Das Gefälle zwischen Stadt- und Landtaxis soll bezüglich Regulationsdichte abgebaut werden. Der Taximarkt ist ein übergreifendes Problem. Viele heutige Probleme sind auf die unterschiedlichen Vorgaben der Gemeinden zurückzuführen. Auf kantonaler Ebene soll das Taxigewerbe mehr in die Verantwortung genommen werden. Die Schlussfolgerung des Stadtrats teilen wir vollständig. Wir sind mit manchen Feststellungen des Stadtrats nicht einverstanden, auch wenn wir mit der Schlussfolgerung einverstanden sind. Der Stadtrat ist der Ansicht, einen liberalen Weg gewählt zu haben. Es gibt jedoch auch liberalere Möglichkeiten. In vielen Gemeinden gibt es keine Taxiverordnung. Das öffentliche Interesse beschränkt sich auf die Standplätze. In diesem Bereich ist die Stadt auch berechtigt, Vorgaben zu erstellen. Kontingentierungen führen häufig zu einem Schwarzmarkt, wir fordern jedoch explizit keine Kontingentierung. Der Stadtrat hält fest, dass die Qualitätssicherung keine Angelegenheit des Staates sei. Der Staat macht jedoch gleichzeitig die Qualitätssicherung. Eine Prüfung über Ortskenntnisse ist ein Versuch einer Qualitätssicherung. In diesem Bereich gibt es grosse Defizite. Private sorgen nur dann für Qualität, wenn es sich lohnt. Die damaligen Vorgaben beinhalteten keine Anreize, bei denen sich eine Qualitätskontrolle gelohnt hätte. Fixe Preise führen nicht dazu, dass in die Qualität investiert wird. Entgegen dem Stadtrat sind wir der Ansicht, dass es nicht ungewöhnlich ist, dass viele Branchen ihre Qualitätsstandards regulieren. Selbstverständlich müssen Mechanismen, die zu Protektion führen, verhindert werden. Der Stadtrat ist der Ansicht, er müsse die Sicherheit und Gesundheit sicherstellen. Dafür existieren Bundesvorgaben, die für viele Gemeinden ausreichend sind. Bei der Preisanschreibepflicht besteht eine Konkretisierung, die ich begrüsse. Eine Preisdifferenzierung ist nur dann sinnvoll, wenn sie transparent erfolgt. Die Benutzung der Standplätze muss geregelt werden. Wenn die Taxifahrer in den Markt entlassen werden, dürfen sie gegenüber anderen Taxis nicht behindert oder benachteiligt werden. Gleich lange Spiesse müssen existieren. Der Stadtrat redet gewisse Probleme aus Kundensicht klein, so zum Beispiel Fahrtverweigerungen. Wir sind mit den Schlussfolgerungen des Stadtrates einverstanden. Wir müssen auf das kantonale Gesetz warten und dürfen nicht mehr regulieren, als unbedingt notwendig.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Wir sind uns weitgehend einig. Das Thema wurde in der Kommission ausführlich diskutiert. Im Taxigewerbe gibt es verschiedene Probleme. Nennen lassen sich beispielsweise Uber, das Überangebot an Taxis und die Frage der totalen Liberalisierung, was zu sehr kontroversen Diskussionen führt sowie die Frage der Kontingentierung. Viele Taxifahrer wünschen sich Kontingentierungen, wie sie zum Beispiel in Winterthur existieren. In New York oder London werden Taxilizenzen teilweise zu horrenden Preisen gehandelt. Dieser Markt ist sehr schwer kontrollierbar. Es gibt viele offene Fragen. Es ist gut, erstmal abzuwarten und zu schauen, was im Kanton beschlossen

3 / 4

wird. Wir sind in die Vernehmlassung einbezogen, wir werden unsere Position vertreten. Wir werden versuchen, diese Krise im Taxigewerbe zu lösen. Es wäre ideal, wenn die Taxifahrer und -fahrerinnen zufrieden wären. Die Frage, ob wir die Kundinnen und Kunden mit neuen Gesetzen zufriedenstellen können, ist schwierig zu beantworten. Es braucht ein bisschen Selbstregulierung. Ich plädiere dafür, dass die Unternehmen ihre Fahrerinnen und Fahrer besser in die Pflicht nehmen. Die Ortskundeprüfung wurde vor 35 Jahren sehr streng durchgeführt; ich verstehe nicht, wie sie bestanden werden kann, ohne zu wissen, wo das Opernhaus und der Hauptbahnhof liegen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Marc Bourgeois (FDP), Referent; Präsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Eduard Guggenheim (AL) i. V. von Christina Schiller (AL), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Thomas Kleger (FDP), Markus Knauss (Grüne), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Guido Trevisan (GLP), Mauro Tuena (SVP)

Abwesend: Vizepräsidentin Simone Brander (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Marc Bourgeois (FDP), Referent; Präsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Eduard Guggenheim (AL) i. V. von Christina Schiller (AL), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Thomas Kleger (FDP), Markus Knauss (Grüne), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Guido Trevisan (GLP), Mauro Tuena (SVP)

Abwesend: Vizepräsidentin Simone Brander (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Neuerlass einer Taxiverordnung wird Kenntnis genommen.
2. Die geänderte Motion, GR Nr. 2011/289, von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 13. Juli 2011 betreffend Neuerlass einer Taxiverordnung wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 25. März 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat